

Blaupause für Gespräche mit der SPD

VON ARNFRIED LENSCHOW

TÜBINGEN. Annette Widmann-Mauz hat leichte Magenprobleme. Nicht, dass ihr die Jamaika-Sondierungen und jetzt das Herumtaktieren auf den Magen geschlagen haben. Aber Tee ist doch eher das Getränk der Wahl für sie. Es passt dazu, dass es bei den Sondierungen mit der SPD auch aufs Abwarten ankommt. Wenn es denn mit der Großen Koalition klappen sollte, so hat der vergangene und wohl künftige Koalitionspartner SPD verlauten lassen, wird es nicht an Weihnachten sein, sondern an Ostern.

Dabei hat die Tübinger CDU-Bundestagsabgeordnete Widmann-Mauz immer wieder von Mitgliedern ihrer Partei und deren Wählern im Kreis gehört: »Machet nore.« Die Bürger werden ungeduldig angesichts der Langsamkeit, mit der sich SPD und CDU aufeinander zu bewegen.

Widmann-Mauz versteht durchaus die schwierige Situation der SPD. Erst das schlechte Wahlergebnis, das ihrer Ansicht nach damit zu tun hat, dass die SPD ihre Erfolge, mit denen diese durchaus zufrieden sein könne, nicht mit genügend Selbstvertrauen vertreten habe. Dann das Verhalten der SPD am Wahlabend, das sie für falsch hält, als kategorisch erklärt wurde, man gehe in die Opposition. »Über neue Situationen muss man doch erst mal nachdenken.«

»Eine Minderheitsregierung wäre hochspannend für die Medien, aber nicht für das Land«

Der jetzt erfolgte Schwenk zu Verhandlungen wäre auch im Sinne der SPD-Wähler und deren Bedürfnis nach Klarheit und Verlässlichkeit, meint sie. Das sei auch für Europa geboten. Eine Minderheitsregierung mit Zufallsmehrheiten kann sie sich nicht vorstellen. »Das täte unserem Land in der Mitte Europas nicht gut«, sagt sie. Das erwartete Gezerfe und Gezerre der etablierten Parteien wäre zudem Wasser auf die Mühlen derer, die sagen, es klappt nicht mit der Demokratie. Die würden sich dann bestätigt fühlen. »Eine Minderheitsregierung wäre sicherlich hochspannend für die Medien, aber nicht für das Land.«

Ein wenig trauert Widmann-Mauz den Jamaika-Sondierungen nach. Nachdem der ideologische Ballast beiseitegeschoben



Hat viele Argumente gegen eine Minderheitsregierung: Die Tübinger CDU-Bundestagsabgeordnete und parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz. FOTO: STÖHR

ben worden war, »haben wir gute Ergebnisse in den Arbeitsgruppen erzielt.« Im Bereich Familie, den sie beobachtet hat, war man sich schon einig, dass die wirtschaftliche Lebenssituation von Familien nachhaltig verbessert werden muss. Beim Thema »Innere Sicherheit« dagegen sei es eine »schwierige Annäherung« mit »harten Diskussionen« gewesen. Enttäuscht ist sie von der FDP, die dann die Verhandlungen scheitern ließ. Trotzdem spricht Widmann-Mauz davon, dass die Ergebnisse der Sondierungen für die Jamaika-Koalition als »Blaupause« für Verhandlungen mit der SPD dienen könnten.

Was genau die CDU daraus übernehmen will, das allerdings will sie sich mit Blick auf die anstehenden Sondierungen und Verhandlungen nicht entlocken las-

sen. Der von der SPD geforderten Bürgerversicherung steht sie skeptisch gegenüber. Da sieht sie noch zu viele Probleme, genau wie beim Braunkohleausstieg, wo erst dafür gesorgt werden müsse, dass die Menschen in den Abbaugebieten eine andere Perspektive bekommen. Bei anderen Themen wie soziale Sicherheit und gute medizinische Versorgung im ländlichen Raum lässt sich ihrer Meinung nach mit der SPD Konsens erzielen. Auch bei den jüngsten Protesten des Pflegepersonals sieht sie keinen Konflikt mit den Genossen. Zwar will sie sich nicht in Tarifauseinandersetzungen einmischen. Aber was die bisherige Regierung schon geplant hat an Vorgaben für Mindestpersonal, dürfte nicht sehr weit von den Gewerkschaftsforderungen entfernt sein.

Allerdings hat sie bei den Kliniken auch negative Erfahrungen gemacht, wenn es um Verbesserungen der Betreuungssituation ging. »Das Geld kommt nie dort an, wo es hin soll: beim Personal«, sagt sie mit Verweis darauf, dass bereitgestelltes Geld oft in Geräte oder Baumaßnahmen fließt. »Ich bin es leid, ständig damit konfrontiert zu werden.« Daher soll es bei den neuen Regelungen, die im Sommer kommen sollen, die Pflicht zum Nachweis geben, dass das Geld fürs Personal verwendet wird.

»Einige werden sagen: O Gott, jetzt muss man wieder so viel Sozialpolitik machen. Das wird teuer«

»Personaluntergrenzen halte ich für absolut richtig«, stimmt Widmann-Mauz grundsätzlich auch einer weiteren Gewerkschaftsforderung zu. Entscheidend ist für sie, ob jemand allein im Einsatz ist oder Kollegen dabei hat. Pflegekräfte haben ihr geschildert, dass sie regelrecht Angst haben vor dem Alleen-Dienst in Palliativstationen, wo also Patienten in der letzten Lebensphase sind. »Nachts wird auch gestorben«, weist Widmann-Mauz auf den körperlichen und seelischen Stress hin, dem die dort Arbeitenden ausgesetzt sind, sodass es verständlich sei, dass lieber in die Tages-schicht gewechselt werde. »Das sind auch Ursachen für Pflegemangel.«

Alles Themen, mit denen sie als Staatssekretärin im Gesundheitsministerium bestens vertraut ist und daraus auch Projekte für andere politische Themenfelder ableitet. Etwa was zu lange bürokratische Prozesse betrifft, die es nicht nur bei der Zulassung neuer Behandlungsverfahren gibt, sondern auch im juristischen Bereich, wenn zwischen Tat und Urteil eineinhalb Jahre vergehen. »Das ist den Bürgern nicht vermittelbar.« Oder die Hemmnisse beim zügigen Bau neuer Wohnungen verbunden mit der Frage, wie das Bauen verbilligt werden kann. »Das ist sicherlich ein Thema, das sich lohnt, in einer großen Koalition neu zu denken.«

Sie weiß aber auch, dass eine Große Koalition nicht die Dauerlösung ist und in ihrer Partei auch auf Skepsis trifft. »Der eine oder andere bei uns sagt jetzt: O Gott, jetzt muss man wieder so viel Sozialpolitik machen. Das wird teuer.« (GEA)